



Fortschreibung des Niedriglohnsektors

Ina Leukefeld, LINKE Arbeitsmarktpolitikerin, zur „Wartburger Erklärung“ von CDU/CSU

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit trafen sich am 15. und 16. Juni 2014 die wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU in Eisenach. Am Ende des Treffens publizierten sie eine „Wartburger Erklärung“, in deren Mittelpunkt vor allem eines stand: die Fortschreibung des Niedriglohnsektors. Nichts anderes bedeutet nämlich die dort formulierte lange Reihe von Forderungen nach Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn.

Wir erinnern uns: Schon jetzt enthält der Vorschlag der Großen Koalition den Ausschluss aller Menschen unter 18 Jahre vom Mindestlohn sowie eine Mindestlohnsperre für Langzeitarbeitslose für die ersten sechs Monate einer Beschäftigung. Zudem kommt der Mindestlohn für wirklich alle erst ab 2017 und verharrt bis 2018 bei 8,50 Euro. Also einem Wert, der weder vor Altersarmut schützt, noch das unselige Aufstocken mit Hartz IV beenden wird, wie das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit nachgewiesen hat.

Dennoch profitieren nach Einschätzung des DGB Hessen-Thüringen vom vorgeschlagenen Mindestlohnmodell allein in Thüringen 270.000 Menschen. Erst am 24. Juni hatte das Statistische Bundesamt veröffentlicht, dass Thüringen bundesweit noch immer die niedrigsten Durchschnittslöhne vorzuweisen hat. Dies alles ist für die CDU/CSU kein Grund, immer mehr Menschen

vom Mindestlohn ausschließen zu wollen. Ginge es nach der „Wartburger Erklärung“, soll der Mindestlohn erst ab 21 Jahren greifen, PraktikantInnen, ZeitungsträgerInnen, SaisonarbeiterInnen, TaxifahrerInnen sollen den Mindestlohn gar nicht bekommen.

Für DIE LINKE hingegen steht fest: Würde kennt keine Ausnahmen und eine solche skandalöse Forderung seitens auch der Thüringer CDU darf nicht unwidersprochen bleiben. Deshalb stand unsere Aktuelle Stunde im Thüringer Landtag am 25. Juni unter dem Titel „Gute Löhne in Thüringen stärken – Schluss mit der Niedriglohnstrategie“. Denn: Was die CDU mit den vielen, vielen Ausnahmen beim Mindestlohn bezweckt, ist im Endeffekt dasselbe, was viele Thüringerinnen und Thüringer über Jahre unter der CDU-Herrschaft ertragen mussten – eine neue Form der Niedriglohnstrategie.

Nur 20 Prozent der Thüringer Unternehmen sind tarifgebunden

Die Ergebnisse dieser langjährigen Niedriglohnstrategie können wir noch heute „bewundern“: 35 Prozent aller Menschen im Hartz IV-System in Thüringen sind Aufstockerinnen und Aufstocker. 10.000 Menschen müssen in Thüringen trotz Vollzeitjob zum Jobcenter gehen, um über die Runden zu kommen. Die Tarifbindung der Thüringer Unternehmen ist weiter im Sinkflug und liegt inzwischen gerade mal bei 20

Prozent. 34 Prozent aller Thüringer Beschäftigungsverhältnisse sind prekär. Danke, CDU!

Wenn Sie mich fragen, unter alledem hat Thüringen nun wirklich lang genug gelitten. Und wenn der CDU als Reaktion auf den wenig geliebten Mindestlohn nur noch das alte Lied vom Niedriglohnsektor einfällt, dann sollte sie sich dringend in der Opposition erholen. Da kommen einem nämlich viele gute Ideen!

So sind wir als Linksfraktion schon lange der Auffassung, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Standards für Gute Arbeit gebunden werden sollte, und dass es gilt, eine faire Entlohnung von Praktikantinnen und Praktikanten in der Landesverwaltung durchzusetzen.

Wir werden auch dafür kämpfen, dass es mit der Einführung des Mindestlohns zum 1. Januar 2015 eine anonyme Hotline gibt, unter der sich Beschäftigte beschweren können, sofern ihre Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben des Mindestlohns unterlaufen. Das ist für uns ein wesentlicher Schritt, um Beschäftigte zu stärken und die Unternehmen zu schützen, die anständige Löhne zahlen wollen und durch die Billigkonkurrenz kaputt gemacht werden.

Eines kann ich Ihnen versprechen: Auch nach dem 1. Januar 2015 geht unser Kampf für einen existenzsichernden Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde und ohne Ausnahmen auf der Bundesebene weiter. ■

KOMMENTIERT:

von Mike Huster

Verzockt: Casino Erfurt

Wir begrüßen die angekündigte Schließung des Erfurter Casinos. Dieser hochsubventionierte Unsinn, den wir dem Spieltrieb einer alleinregierenden CDU vor allem in den Jahren 1999 bis 2009 zu verdanken haben, wird endlich beendet, und wir sind froh, dass dieses Zocken mit Steuergeldern aufhört.

Denn die Kehrseite solcher CDU-Prestigeprojekte sind hohe Schulden und hohe Zinszahlungen des Landes, die unsere derzeitigen und künftigen finanziellen Spielräume mindern. Seit langem fordern wir, dass es keine neue Konzession nach 2014 geben soll, und es ist gut, wenn die Landesregierung nun auch zu dieser Einsicht kommt. Ich erinnere an die unrühmliche Rolle, die das Casino in einem Untersuchungsausschuss in der 4. Legislatur des Landtags spielte. Ich erinnere daran, dass der damalige Finanzminister unter Missachtung des Parlaments eine harte Patronatserklärung zugunsten des Betriebs ohne haushaltsrechtliche Grundlage abgegeben hat. Damit wurden die hohen Mietzahlungen für zehn Jahre vom Land abgesichert. Netto fast 20.000 Euro im Monat. Fördermittel in Millionenhöhe flossen, während sich die finanziellen Erwartungen an die Spielbank nie erfüllt haben.

Bei der Beratung des Thüringer Spielbankgesetzes sagte am 21.10.1993 der damalige Innenminister Schuster (CDU): „Ein solches Gesetz hat natürlich auch eine weitere Triebfeder, nämlich die, dass Spielbanken traditionelle Einnahmequellen des Staates sind. Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass eine mittelgroße Spielbank heute etwas 20 bis 30 Millionen DM jährlich an Gewinnen abwirft.“ Die Realität zeigte: Gerade mal ein Zehntel der versprochenen Mittel kamen im Landeshaushalt an. Die Spielbank konnte nur durch staatliche Subventionen betrieben werden. Sobald es kein Geld mehr vom Staat gibt, macht der Betreiber den Laden dicht. Wieder einmal wird klar, wie die CDU mit dem Geld der Steuerzahler umging. Sie haben sich verzockt. Und dabei wärs Geld in vielen anderen Bereichen wirklich nötig gewesen und ist weiter nötig: für die Thüringer Kommunen, für Investitionen in Schulen, in unsere Kultur oder in Sporteinrichtungen. Dafür reicht allerdings die Schließung der Spielbank nicht aus, dafür braucht es einen Politikwechsel in Thüringen.

Aus der Landtagsrede v. 25. Juni ■

AKTUELL

20 Jahre Thüringer Gebietsreform

„Auch 20 Jahre nach der Thüringer Gebietsreform sind die Folgen ihrer Halbherzigkeit mehr als offensichtlich, ohne dass CDU und SPD zur Korrektur und Fortsetzung derzeit bereit sind“, so hatte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, mit Blick auf den Jahrestag der 1. Kreisreform in Thüringen nach der Wende am 1. Juli 1994 kritisiert.

Die Notwendigkeit einer weiteren Funktional- und Verwaltungsreform wird zwar allgemein anerkannt, aber nur DIE LINKE hat hierfür seit Jahren konkrete Diskussionsangebote. „Der Hauptmangel der Reform vor 20 Jahren war die Zementierung des dreistufigen Verwaltungsaufbaus, mit ei-

nen völlig undurchsichtigem Geflecht einer Vielzahl von Landesmittelbehörden“, so der Abgeordnete weiter. Aus Sicht der LINKEN ist diese Verwaltungsstruktur nicht mehr zeitgemäß. Deshalb müssen diese Mittelbehörden schrittweise aufgelöst und deren Aufgaben im Regelfall kommunalisiert werden. Das Landesverwaltungsamt müsse abgeschafft werden. „Dies setzt leistungsstarke kommunale Strukturen voraus“, stellte der Linkspolitiker klar.

„Der Status der kreisfreien Städte Suhl und Eisenach ist dauerhaft nicht finanzierbar. Und wenn von den rund 840 Gemeinden nahezu 600 weniger als 1.000 Einwohner haben, ist dies auch nicht zukunftsfähig.“ Eine übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft und Sozialverbände sehen die Notwendig-

keit von Strukturveränderungen und tragen diese mit. „Diese Bereitschaft der Öffentlichkeit darf nicht leichtfertig durch Nichthandeln aufs Spiel gesetzt werden“, betonte Frank Kuschel.

CDU-Fraktionschef Mike Mohring hatte gegenüber dem MDR erklärt, mit der Zusammenlegung von ursprünglich 35 zu 17 Landkreisen seien leistungsfähige Verwaltungseinheiten entstanden, aber auch Verletzungen, die bis heute nicht verheilt seien. An den damals mühevoll gefundenen Lösungen werde die CDU nicht rütteln.

„Spätestens nach der Landtagswahl am 14. September wird das Thema wieder auf der Tagesordnung stehen. Ob dann die CDU notwendige Veränderungen weiter blockieren kann, entscheiden die Wähler“, sagte Frank Kuschel. ■

KURZ UND PRÄGNANT

VS-Bericht zeigt: Das Amt ist überflüssig

Auch der neue Verfassungsschutzbericht „offenbart wenig bis nichts über die tatsächliche Bedrohung der Demokratie, belegt damit aber in schöner Regelmäßigkeit die völlige Überflüssigkeit des Thüringer Verfassungsschutz-Landesamts“, so MdL Ralf Kalich. Sämtliche Zahlen zum Neonazismus könnten „genauso gut von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren geliefert werden - weitaus detaillierter und vor allem auch richtiger“. Während für das Jahr 2013 lediglich acht Konzerte mit rechtem Hintergrund ausgewiesen werden, stellten zivilgesellschaftliche Gruppen 25 derartige Veranstaltungen fest. Mit seiner schematischen Einteilung von Extremisten gehe auch dieser Verfassungsschutzbericht an den eigentlichen Problemen vorbei. „Kein Wort über die Kampagne der NPD gegen Roma-Flüchtlinge und die Anschlussfähigkeit der geschürten Vorurteile bis in das so genannte bürgerliche Lager hinein“, kritisierte der LINKE-Politiker. Stattdessen werden Gefahren von Links und vom „Ausländerextremismus“ beschworen. „Den Einzug der NPD in den Landtag verhindern nur zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Bildung und Erziehung, aber keine undemokratische Behörde.“ ■

Konferenz „Thüringer Kommunen stärken“

„Kommunen stärken - sozial und bürgernah - 20 Jahre Thüringer Kommunalordnung - Rück- und Ausblick“, so lautet das Thema einer Fachtagung, zu der die Landtagsfraktion DIE LINKE am Dienstag, den 15. Juli, 14 bis 18 Uhr, in den Landtag einlädt. Auf der Fachtagung sollen eine Erfahrungsbilanz gezogen und über die Weiterentwicklung des Thüringer Kommunalrechts diskutiert werden. Nach der Begrüßung durch Bodo Rameow, Fraktionsvorsitzender, gibt Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher, eine Einführung in das Thema, danach spricht Dr. Udo Moewes, Juristische Fakultät der Universität Potsdam, zur Entwicklung des Kommunalrechts. Den Praxistest liefert Katja Wolf (LINKE), Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach. Nach einem Grußwort von Jörg Geibert (CDU), Thüringer Innenminister, erläutert Ralf-Uwe Beck, Mehr Demokratie e.V. Thüringen, warum das Regelwerk für direkte Demokratie reformiert werden muss. Im Abschlusspodium „Wie weiter mit dem Thüringer Kommunalrecht?“ Katja Wolf, Ralf-Uwe Beck, Jörg Geibert, Frank Kuschel, Prof. Dr. Michael Schäfer, Kommunalwirtschaftsexperte. ■

Rotlicht-Milieu und Neonazi-Szene

Seit dem 25. Juni sitzt Tino Brandt, der ehemalige V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes, der auch Anführer des Thüringer Heimatschutzes sowie NPD-Landeszweige war und im Verdacht steht, das terroristische Neonazi-Trio NSU unterstützt zu haben, in Untersuchungshaft. Es wird wegen des Verdachts auf Kindesmissbrauch gegen ihn ermittelt.

Eine Woche zuvor war bekannt geworden, dass gegen Brandt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Zuhälterei läuft. In diesem Zusammenhang waren seine Rudolstädter Wohnung durchsucht und Computer beschlagnahmt worden.

„Die Analyse der Landesregierung, in Thüringen gebe es keine verfestigte und strukturierte Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremismus und Rotlichtszene, ist falsch und bedarf dringender Korrektur. Daraus muss sich auch ein anderer Blick der Sicherheitsbehörden auf dieses Milieu ergeben“, hatte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, in diesem Zusammenhang erklärt. Noch in der Antwort auf eine Kleine Anfrage vom März 2014 habe die Landesregierung genau diese falsche Auffassung vertreten.

„Dabei sind Verstrickungen zwischen der Neonazi-Szene und dem Rotlicht-Milieu im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt kein Einzelfall, erst im November 2013 wurde durch Ermittlungen des LKA Thüringen bekannt, dass eine Gruppe von Neonazis aus Saalfeld

und Umgebung einen Geldtransporter überfiel, um mit dem Geld das Bordell ‚blue velvet‘ in Rudolstadt zu betreiben. Anfang Mai wurde in einem zweiten Verfahren bekannt, dass einer der damals beteiligten Neonazis in der Vergangenheit auch in Jena Wohnungen für Prostitutionszwecke angemietet hatte“, so Katharina König weiter.

Als am 4. November 2013 vor dem Landgericht Gera der Prozess wegen des 1999 begangenen Geldtransporter-Überfalls eröffnet wurde, saß auch ein ehemaliger enger Freund von Tino Brandt unter den Angeklagten: Mirko E, früheres Mitglied des Thüringer Heimatschutzes.

Katharina König: „Wie viele Skandale um den Thüringer Verfassungsschutz und seine V-Leute braucht es noch?“

Nach Informationen der Linksfraktion sollen E. und Tino Brandt um die Jahrtausendwende bereits das Erotikportal „Junge Knaben“ betrieben haben. E. wurde wie die anderen Mittäter zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Bei dem Überfall wurden ein Wachmann verletzt, seine Dienstpistole und rund 70.000 DM gestohlen. Die Tätergruppe bestand aus fünf Deutschen mit Verbindungen zur rechten Szene und drei Litauern, einer von ihnen, SEK-Polizist, soll den Wachmann überwältigt haben. Zwischen den Saalfelder Neonazis und den Litauern soll auch ein Austausch mit Prostituierten stattgefunden haben. Erst im April 2013 informierten Anwohner die Si-

cherheitsbehörden über ein neues Domizil im Nachbarhaus von Tino Brandt in Rudolstadt-Schwarzza, das vor allem von Jugendlichen frequentiert wurde. Auch die Linksfraktion thematisierte die Kneipe „diebar“, nachdem Bilder auftauchten, die Alkoholexzesse mit Hitlergrüßen und Nazisymbolen zusammen mit Tino Brandt zeigten. Brandt war auf einem Foto auch am Getränkeauschank beteiligt. Eine Razzia hatte nur wenig Erfolg, Anwohner berichteten, dass das Lokal nach wie vor von manchmal 15 bis 30 Jugendlichen genutzt werde.

Katharina König hofft, dass die aktuellen Ermittlungen dazu beitragen, dass die Sicherheitsbehörden auch zum Schutz der Jugendlichen dieses Lokal weiter ins Visier nehmen und Kontrollen durchführen, da ja nicht auszuschließen sei, dass Brandt möglicherweise auch dort jugendliche Prostituierte angeworben haben könnte.

„Wie viele Skandale um den Thüringer Verfassungsschutz und seine V-Leute braucht es noch, damit die Sicherheitsbehörden endlich einsehen, dass V-Leute meist hochgradig kriminelle Gestalten und alles andere als zuverlässige Partner von Sicherheitsbehörden sind und dass das V-Mann System endlich abgeschafft gehört?“, fragt die Abgeordnete.

Brandt erhielt vom Landesamt für Verfassungsschutz rund 200.000 DM. Die Justiz führte 27 Ermittlungsverfahren gegen ihn, allerdings ohne auch nur eine einzige Verurteilung. In der Vergangenheit soll Brandt vor Razzien gewarnt worden sein. ■

Schlapphut-Einsteiger-Paket

Schlagzeilen gemacht hat die enttarnte Außenstelle des Thüringer Verfassungsschutzes „Häßlerstraße 6“ im Haus neben dem Datenschutzbeauftragten in Erfurt, wo der Thüringer Inlandsgeheimdienst über 12 Jahre im Geheimen seine „operativen Organisationseinheiten“ versteckte. Dazu hat DIE LINKE auch zwei Kleine Anfragen im Thüringer Landtag eingereicht.

Laut Thüringer Allgemeinen vom 17. Juni 2014 hat der Geheimdienst nach eigenen Angaben das Gebäude jetzt angeblich verlassen. Ob das stimmt oder der Dienst nur flunkert, um sich einer kritischen Aufmerksamkeit zu entledigen, ist fraglich. Sollte das Gebäude tatsächlich leer geräumt sein, so benötigt das Amt eine Alternative, da im offiziellen „Mutterhaus“ in der Haarbergstraße 61 ja angeblich kein Platz für die V-Mannführer, Observanten und so weiter sei. Ein neuer konspirativer Sitz muss also her. Doch wo befindet sich die neue Außenstelle?

Wir können zwar (noch) keinen Wasserwerfer (i) verlosen, für sachdienliche Hinweise loben wir jedoch dieses

tolle Schlapphut-Einsteiger-Paket aus. Bestehend aus: Richtmikrofon, Ernennungsurkunde zum Amtsleiter im gelben Umschlag, Rotwein, Klo-Lektüre vom besten VS-Präsidenten aller Zeiten (Helmut Roewer), signierter CD der verfassungsfeindlichsten Band Deutschlands „Feine Sahne Fischfilet“, ein „Vier-Augen-Gespräch“ mit Katharina König zu NSU & V-Leute-Praxis in Thüringen und einem stilechten Schlapphut!

Umzugsbegeisterte Mitarbeiter des Landesamtes, welche das neue Domizil unbequem oder blöd finden, sind bei der Verlosung explizit nicht ausgeschlossen. Tipp: Fotos einiger Thüringer Agenten gibt es ja bereits in unseren Untersuchungsausschuss-Tickern, dies könnte die Suche vereinfachen. Der letzte geheime Unterschlupf „Häßlerstraße 6“ befand sich auch direkt über einer Wein- & Käse-Bezugsquelle (tegut Erfurt), vielleicht könnte auch dieses Laster einiger Gourmet-Geheimdienstler auf die Spur der neuen Außenstelle führen... ■

www.haskala.de

Neue Ausstellung: „Brotlose Kunst“



Zur letzten Vernissage in der LINKEN Fraktionsgalerie vor dem Ende dieser Legislatur konnte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Margit Jung den Lauschaer Künstler Bernd Rückert begrüßen mit seiner Ausstellung „Brotlose Kunst“ - Malerei, Grafik und Radierung. Der Titel der Ausstellung erinnere schmerzlich daran, dass vor allem bildende Künstlerinnen und Künstler in Deutschland und auch hier in Thüringen kaum andere Einkommensquellen haben als den Verkauf ihrer Werke. Noch nicht gefruchtet haben auch die Bemühungen der LINKEN auf Bundesebene nach einer verbindlichen Ausstattungsvergütung. ■

Pflichtaufgabe Kultur - wäre Fluch oder Segen?

Kulturkonferenz mit klaren Anforderungen an ein Thüringer Kulturfördergesetz

Kulturschaffende, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker aus ganz Deutschland hatten sich am 19. und 20. Juni auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in Apfelstädt im Landkreis Gotha zur Konferenz „KULTUR [mit Plan] FÖRDERN“ versammelt.

Die gemeinsame Veranstaltung mit dem Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. hatte sich zur Aufgabe gesetzt, klare Anforderungen an ein Thüringer Kulturfördergesetz zu erarbeiten. Seit Jahren fordert die Landtagsfraktion unter Federführung der kulturpolitischen Sprecherin Dr. Birgit Klaubert ein solches Gesetz, welches Kultur aus dem Joch der Freiwilligkeit hebt und zur Pflichtaufgabe macht. Laut Birgit Klaubert sei dies auch ein erster Schritt, die mitunter prekär entlohnten Kulturschaffenden endlich aus einem Rechtfertigungszwang zu befreien und ihnen mehr Freiraum und Planungssicherheit für den kreativen Prozess zu ermöglichen.

Um soziale und kulturelle Teilhabe ging es vor allem am ersten Tag der Zusammenkunft, an dem es neben Einschätzungen aus den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg auch um die Idee der Kulturloge e.V. ging. Die Begründerin und 1. Vorsitzende des Bundesverbandes Hilde Rektorscheck war extra aus Marburg angereist, um den interessierten Gästen ihre Idee zu erläutern. Die Kulturloge hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen als Kultur Gäste einzuladen und ihnen kostenfreie Karten für Theater, Museen, Konzerte und auch für Kinovorstellungen zu vermitteln, ohne dass sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation stigmatisiert werden. Dieses Teilhabemodell hat mittlerweile auch in Thüringen Einzug gehalten.

Doch dass es solcher Initiativen überhaupt bedarf, ist auch Zeugnis der

verquerten Situation der bundesdeutschen Kulturlandschaft, wo der Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und Publikumsbedürfnissen gelingen muss. In Thüringen gibt es viel kulturelles Erbe und immense kreative Impulse, die alle ihre Berechtigung haben und für den „Kitt“ in unserer Gesellschaft sorgen.

Dieser Meinung war auch der Hauptreferent des zweiten Konferenztages, Prof. Max Welch Guerra von der Bauhaus-Universität Weimar, der sich als Raumplaner mit dem Begriff der Kul-

turlandschaft auseinandersetzt und unter anderem resümierte: „Wer die Kulturlandschaft Thüringens nicht vom ländlichen Raum her denkt, macht etwas grundlegend falsch, denn die Stärke des Landes ist das gesamte Land und nicht nur die Städte.“

Im Anschluss an eine angeregte Diskussion begaben sich die über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für über zwei Stunden in eine intensive Workshop-Phase. Das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. diskutierte die



Foto oben: Angeregte Diskussion mit Hilde Rektorscheck von der Kulturloge e.V. aus Marburg (2.v.r.).

Foto unten: Vortrag von Prof. Max Welch Guerra, Bauhaus-Universität Weimar, zum Begriff der Kulturlandschaft.



Frage, ob eine Pflichtaufgabe Kultur eher Fluch oder Segen für die Kommunen wäre. Der Rudolstädter Theaterintendant Steffen Mensching diskutierte gemeinsam mit Dr. Birgit Klaubert die Frage nach Konkurrenz oder Synergien zwischen öffentlich geförderten Kulturinstitutionen und der freien Szene Thüringens und Hendrik Neukirchner von Provinzkultur e.V. aus Suhl beriet gemeinsam mit der Kulturwissenschaftlerin Katja Mitteldorf die Frage nach der besonderen Situation des ländlichen Raumes.

Am Ende entstand ein beachtlicher Anforderungskatalog, der die Grundlage eines Gesetzentwurfes werden kann. Die genauen Eckdaten will die Fraktion in einer Pressekonferenz Ende Juli vorstellen.

Katja Mitteldorf

VON A BIS Z:

Flut-Abschiebestopp

Im Mai sind zahlreiche Balkanländer von einer der schlimmsten Flutkatastrophen heimgesucht worden. Angesichts der dramatischen Situation hatten die Landtagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE dem Landtag einen Dringlichkeitsantrag für einen sofortigen Abschiebestopp vorgelegt. Obwohl die SPD-Landtagsfraktion diesen Abschiebestopp zum Weltflüchtlings-tag selbst eingefordert hatte, wurde die dringliche Behandlung des Antrags verweigert.

Astrid Rothe-Beinlich (Grüne) dazu: „Dieses Verhalten kann ich nur janusköpfig nennen. Der Abschiebestopp ist nötig, weil in den betroffenen Gebieten menschenwürdige und sichere Lebensbedingungen sowie angemessene Wohnverhältnisse derzeit und auch absehbar nicht garantiert werden können“. Sabine Berninger (LINKE): „Wir befürchten, dass sich die ohnehin mangelhafte Wohn- und Lebenssituation insbesondere der Minderheitenangehörigen der Roma, Ashkali und Balkanägyptern – und gerade derer, die zurückgeschoben ohnehin vor dem Nichts stehen – durch die Flutfolgen noch weiter manifestiert. Die Menschen sind jetzt auf unsere Hilfe angewiesen. Weitere Abschiebungen in die chaotischen Verhältnisse sind unmenschlich und mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Thüringen muss seine humanitäre Verantwortung für die hier lebenden Asylsuchenden endlich wahrnehmen, und zwar über schöne Worte in Pressemitteilungen hinaus.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten planmäßigen Plenarsitzungen in dieser Legislaturperiode finden in der Zeit vom 16. bis 18. Juli statt.

Fachkonferenz:

„Arbeit und Teilhabe in Thüringen“, so das Thema der Fachkonferenz, zu der die Landtagsfraktion DIE LINKE und die Rosa Luxemburg Stiftung am 4. Juli, 10 bis 16 Uhr, in die Rosensäle der Friedrich-Schiller-Universität Jena einladen. Im Zentrum steht die Diskussion um Maßnahmen und Strategien für Gute Arbeit, gegen prekäre Beschäftigung.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:
www.die-linke-thl.de

Bienenschutz

Die Ausschuss-Anhörung zum LINKE-Antrag „Bienenschutz grundlegend verbessern!“ hat gezeigt, so die Abgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wright, „ein Netzwerk blühender Landschaften unter Einbeziehung von landwirtschaftlichen, forstlichen und kommunalen Flächen zu schaffen, ist der richtige Weg, um die Nahrungsgrundlage der Bienen und anderer Bestäuber zu verbessern. Auch der chemische Pflanzenschutz muss zielgerichtet reduziert werden. Dass sich inzwischen auch der Bauernverband diesem Thema nicht mehr verschließt, ist erfreulich und richtungweisend. Denn Bestäuberschutz und die Förderung unserer Bienenbestände sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Lehrkräfte

Als „unsäglich“ bezeichnete es MdL Dirk Möller, dass die CDU der überfälligen Anpassung der Gehälter ihre Zustimmung verweigert hat. Die SPD solle sich „nicht länger auf dieses unerträgliche Machtspiel auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer einzulassen“. Die Ungleichbehandlung von Grundschullehrkräften mit und ohne DDR-Lehrerfortbildung muss schnellstens beendet werden. Dadurch, dass sich die CDU der Ausschuss-Debatte verweigert hat, steht die Anpassung der Gehälter erneut auf der Kippe. „DIE LINKE hat einen eigenen Antrag eingebracht, bei dem die Anpassung nicht stufenweise vorgenommen werden soll, sondern sofort in vollem Umfang“, so der Abgeordnete.

Grubenunglück

Mit großer Betroffenheit haben die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Informationen über das Grubenunglück im nordthüringischen Sollstedt aufgenommen. Bei einer Inspektion der stillgelegten Kali-Grube ist gestern ein Gutachter verschüttet und ums Leben gekommen. Ein weiterer Mann wurde bei dem Unglück verletzt. „Unser aufrichtiges Beileid und unser Mitgefühl gehören der Familie und den Freunden des beim Grubenunglück Verstorbenen“, sagte Bodo Ramelow, LINKE-Fraktionsvorsitzender, nach der Fraktionssitzung am 25. Juli. Dem verletzt geretteten Mann wünschte namens der Fraktion Bodo Ramelow baldige Genesung und gute Besserung.

KURZ UND PRÄGNANT

Situation von Saison-Arbeitskräften

Nach dem schweren Arbeitsunfall auf dem Erdbeerhof in Gebeesee stellt sich für die Sprecherin für Landwirtschaftspolitik der Linksfraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright, die Frage, wie bei Saisonarbeitskräften die gesetzlich vorgeschriebenen Rechte und Bedingungen eingehalten werden. Offenbar sei die Situation in der Praxis nicht immer so, wie sie nach den Vorschriften sein müsse. Die Berichte von einzelnen Arbeiterinnen bei der Gewerkschaft IG BAU zeigten auch, dass viele Saisonarbeitskräfte bei Problemen völlig allein gelassen werden. Das fremde Land, die Sprachschwierigkeiten, die Isolation erschweren es, Austausch und Hilfe zu finden, wenn es mit Arbeitgebern zu Unstimmigkeiten kommt oder Arbeits- und Unterbringungsbedingungen schlecht sind. „Daher muss auf Landesebene eine Hotline eingerichtet und die Information darüber den Saisonarbeitskräften gleich bei der Aushändigung der Arbeitserlaubnis in mehreren Sprachen bereit gestellt werden. So kann bei Problemen gleich an der richtigen Stelle angerufen werden“, so die Abgeordnete. ■

Unwirtschaftliche ÖPP-Bauprojekte

Nach einem Prüfbericht des Bundesrechnungshofs sind die ÖPP-Projekte des Bundes im Straßenbau unwirtschaftlich. MdL Dr. Gudrun Lukin verlangt Konsequenzen auch für die Thüringer Projekte. Für die Feststellung, dass ÖPP-Projekte teure Mogelpackungen seien und meist an die Haushalte vorbeifinanziert würden, gebe es seit längerem Warnzeichen auch in Thüringen. So teile die LINKE die Auffassung des Thüringer Rechnungshofs, dass bei den ÖPP-Straßenbauprojekten im Saale-Holzland-Kreis geschönte Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgelegt würden. Hinzu komme, dass derzeit die von Privaten bei ÖPP-Projekten zu zahlenden Fremdkapitalzinsen um bis zu vier Prozent über den Zinsen lägen, die die öffentliche Hand zahlen müsse. „Die Personaleinsparungen bei den Thüringer Straßenbauämtern führten unterm Strich zu erheblichen Mehrkosten. Die Vergabe von Autobahnprojekten an die DEGES war unwirtschaftlich.“ Auch der privatisierte Winterdienst bei der TSI komme inzwischen dem Thüringer Steuerzahler viel teurer zu stehen, als die staatliche Ausführung. DIE LINKE fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler und will das Thema im Verkehrsausschuss des Landtags thematisieren. ■

Teilhabe stärken - SOZIAL ist kein Sparmodell!

Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Linksfraktion, zum 6. Sozialgipfel

SOZIAL ist kein Sparmodell! - Sozialwirtschaft fördern. Gerechtigkeit leben. Teilhabe stärken“, unter diesem Motto fand am 18. Juni der 6. Thüringer Sozialgipfel im Landtag in Erfurt statt. Die Initiatoren des Sozialgipfels, Thüringer Sozialverbände, wollten auf den vielfachen und dringenden Handlungsbedarf in der Sozialpolitik und im Bereich der Sozialwirtschaft aufmerksam machen und die Kräfte für ein soziales Thüringen stärken.

Gerade die Themen Inklusion, Teilhabechancen und Zukunft der sozialen Infrastruktur sind es, die die Zivilgesellschaft und Politik vor große Herausforderungen und wichtige Entscheidungen stellen. Dabei geht es in erster Linie um Menschen und ihre Lebensverhältnisse. Trotz einzelner Reformschritte und Fortschritte im Sozialbereich stehen die Zeichen auch in Thüringen auf Schrumpfung der öffentlichen Ausgaben. Davon besonders betroffen sind die Ausgaben für Sozialpolitik und damit insbesondere die Tätigkeitsfelder der Zivilgesellschaft.

Notwendig sind jedoch gerade die Investitionen in den sozialen Kernbereichen, wie Inklusion, Bildung und Teilhabe, Pflege sowie die Vermeidung von Armut. So war der 6. Thüringer Sozialgipfel auch ein Gang durch die sozialpolitischen Baustellen in Thüringen und die sich daraus ergebenden Herausforderungen. Für den SoVD Thüringen (Sozialverband Deutschland e.V.) konnte ich mich in die Diskussion einbringen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten

des Thüringer Maßnahmeplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ging es mir vor allem um die Frage, ob wir in Thüringen beim Abbau von Barrieren in den Köpfen hinsichtlich der uneingeschränkten Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen vorgekommen sind. Ich habe die These aufgestellt, dass die gesamtgesellschaftliche Bedeutung einer inklusiven Gesellschaft und notwendiger Verän-



derungen gesellschaftlicher Strukturen und Rahmenbedingungen, um echte Teilhabe und Chancengleichheit zu ermöglichen, von der übergroßen Mehrheit der Menschen im Freistaat nicht erkannt wird. Das betrifft meiner Meinung nach Menschen aller Schichten, Politikerinnen und Politiker eingeschlossen, ja, Menschen mit Behinderungen in vielen Fällen auch.

Auch deshalb sind sozialpolitische Ausgaben trotz UN-Konvention von Streichungen betroffen. Nach allem, was ich seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention und de-

ren begonnener Umsetzung in Thüringen erlebt habe, kann ich nur die Notwendigkeit bewusstseinsbildender Arbeit doppelt unterstreichen. Sie ist meines Erachtens Voraussetzung dafür, dass die gesellschaftliche Anerkennung der Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen als Menschenrechte erfolgen kann.

Nach wie vor ist das vorherrschende Erscheinungsbild in der Behindertenpolitik, dass Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft „eingegliedert“, d.h. integriert werden sollen. Die Gesellschaft billigt ihnen die Realisierung ihrer Rechte mehr oder weniger im Zusammenhang mit der Entwicklung anderer gesellschaftlicher Bereiche zu. Natürlich sind die finanziellen Ressourcen einer jeden Gesellschaft begrenzt. Deshalb ist die gesellschaftliche Einsicht, was den notwendigen Einsatz dieser Mittel betrifft, besonders entscheidend. Der Abbau von Barrieren und das Verhindern neu müssen zu einem gesamtgesellschaftlichen Anliegen werden.

Um unsere Vision von einer inklusiven Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen, bedarf es als wesentliche Voraussetzung eines gesamtgesellschaftlichen Umdenkens. Deshalb sind unsere Erwartungen an die Novellierung der Eingliederungshilfe und die damit verbundene Erarbeitung eines Bundesteilhabegesetzes berechtigt sehr hoch. Inklusion muss endlich in den Kommunen ankommen und durch Aktionspläne umgesetzt werden.

Foto: Kirsten Seyfarth ■

„Budget für Arbeit“ - eine Alternative für Schwerbehinderte

Eine zentrale Forderung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist die Teilhabe am Arbeitsleben. Auch in Thüringen werden viele Menschen mit Behinderungen bzw. chronischen Erkrankungen strukturell diskriminiert und durch bestehende Barrieren an der Teilhabe am Arbeitsleben gehindert. Sie bedürfen für eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt aber einer besonderen Unterstützung. Deshalb hatte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag am 17. Juni erneut das „Budget für Arbeit“ im Rahmen eines Fachgesprächs thematisiert und mit Verantwortlichen von Sozialämtern, Trägern, kommunalen Behindertenbeauftragten und Wohlfahrtsverbänden darüber diskutiert.

Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Fraktion, machte in seiner Begrüßung deutlich, dass das „Budget für Arbeit“ durchaus eine Alternative für die derzeit 6561 arbeitslosen Schwerbehinderten sein könnte. Die Referentin des Fachgesprächs Bar-

bara Vieweg, Projektkoordinatorin ISL Deutschland e.V., berichtete über die Voraussetzungen, den Handlungsbedarf und die Hürden für die Einführung des „Budgets für Arbeit“ in Thüringen. Dabei erläuterte sie die positiven Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz, wo das Budget als Instrument gesehen wird, das mittels der Eingliederungshilfe (nach dem SGB XII) zur Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt eingesetzt wird.

In der Diskussion mit den Gästen des Fachgesprächs zeigte sich, dass das „Budget für Arbeit“ für Menschen mit Behinderung, die nicht dauerhaft erwerbsgemindert sind, in Thüringen gewollt ist. Aber auch für Menschen mit Behinderung, die aufgrund ihrer Beeinträchtigung oder Krankheit nicht mehr als drei Stunden täglich arbeiten



können, müssen Lösungen gefunden werden. Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, versicherte am Ende des Fachgesprächs als Ausblick für die nächste Legislatur, dass die Forderung nach einem Modellprojekt „Budget für Arbeit“ in Thüringen an erster Stelle steht. Dafür muss es ein Landesprogramm geben, die Arbeitgeber und Sozialämter müssen sensibilisiert sowie das Thema noch besser in der Öffentlichkeit begleitet werden. Cordula Eger ■

DAS THEMA

„Wir brauchen eine Enquetekommission“

Was lange währt, wird nicht endlich gut, so kann man mit den Worten der Grünen-Abgeordneten Astrid Rothe-Beinlich die Regierungserklärung des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Christoph Matschie (SPD), zur „Hochschulstrategie Thüringen 2020“ am 26. Juni im Landtag zusammenfassen.

Die Hochschulpolitikerin der Linksfraction, Dr. Karin Kaschuba (s. Foto), die an diesem Tag ihre wahrscheinlich letzte große Rede im Landtag gehalten hat und deren Wirken von Vertretern aller Fraktionen in der Debatte gewürdigt worden war, hatte von einem „erstauentlichen Vorgang“ gesprochen.

Drei Monate vor der Landtagswahl lege der Minister eine Hochschulstrategie 2020 vor, die eigentlich - und so war es ja beschlossen worden - schon im vergangenen September dem Landtag unterbreitet und hier vor allem gründlich beraten werden sollte. Dafür ist es jetzt zu spät.

„Schade, dass wir das heute so vorgelegt bekommen, ohne noch die Möglichkeit zu haben, etwas zu verändern“, hatte Karin Kaschuba betont und angekündigt, dass „wir im Herbst eine Enquete-Kommission zur Hochschulentwicklung in Thüringen fordern werden“ - ein Vorschlag, den die Rednerin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen unterstützte (Astrid Rothe Beinlich: „Wir brauchen eine Enquete-Kommission, um dann mit einer guten Hochschulgesetznovelle zu starten.“), ein Vorschlag, der jedoch vehement abgelehnt wurde vom Vertreter der CDU-Fraktion, Dr. Mario Voigt, und natürlich auch vom Minister.

Dieser hatte alle Hände voll zu tun, sein Vorgehen zu erklären. Da war die Rede von der „Logik der notwendigen Planungsschritte“. Auch seien die Abgeordneten ja immer eingeladen gewesen, „sich am Hochschuldialog zu beteiligen“ und „der Landtag wird sich auch zukünftig einbringen“. Im Übrigen

Landtagsdebatte zur Regierungserklärung „Hochschulstrategie Thüringen 2020“

wüssten die Hochschulen selbst am besten, wohin es gehen müsste...

Die Regierungserklärung habe „viel Lyrik“ enthalten - die Hochschulen als Motoren der Landesentwicklung, die auch kulturelle Identitäten schaffen etc. -, hatte die LINKE Abgeordnete Karin Kaschuba ihre Rede begonnen. Jedoch sei das 150-seitige Gesamtpapier zur Hochschulstrategie durchaus diskut-

tion der Bibliotheken - „hier fehlen uns die Aussagen“. Den Studierenden sollen mehr Rechte eingeräumt werden, dies sei anzuerkennen, „aber es ist noch mehr notwendig für die Demokratisierung der Hochschulen“, so die Abgeordnete weiter. Sie forderte, dass die Forschung an den Hochschulen „die Freiheit haben sollte, die Schwerpunkte selbst festzulegen“.

den Hochschulen in Thüringen und die dazu stattgefundenen Anhörungen. Um an der erschreckend prekären Situation („manche haben bis zu sieben Verträge in einem Jahr, das ist doch kein Zustand!“) tatsächlich etwas zu verändern, müsse das Budget um 15 bis 20 Prozent erhöht werden. Die angekündigte Erhöhung um vier Prozent löse das Problem nicht, so betonte Susanne Hennig-Wellsow.

Die LINKE Politikerin hatte zudem darauf verwiesen, dass „Frauen in der Thüringer Wissenschaft wenig Chancen haben“. Warum werde hier nicht mit anonymisierten Bewerbungen gearbeitet, um Benachteiligungen abzubauen, fragte sie und fasste die Regierungserklärung zusammen: „Es gibt nicht die Vision einer sozialen, demokratischen Hochschule“. Zudem sei alles Weitere vom künftigen Haushaltsgesetzgeber abhängig, ob dieser der Strategie folgen werde. Umso mehr sei es notwendig, dass sich „das Parlament das Recht zurückholt, diese wichtigen Fragen im Rahmen einer Enquetekommission zu besprechen.“

A. Rudolph

„Frauen haben in der Thüringer Wissenschaft wenig Chancen“

Die Studierendenpolitikerin der Linksfraction, Susanne Hennig-Wellsow, kritisierte zu Beginn ihrer Rede, dass das Parlament noch nicht einmal eine Drucksache zur Hochschulstrategie 2020 habe. Dabei sei die Hochschulentwicklung ein Prozess - „und was

wir heute diskutieren, ist in Teilen schon veraltet“. Die Abgeordnete erinnerte an die Große Anfrage der LINKEN zu den Beschäftigungsverhältnissen an



sionswürdig. Ebenso wie das (in der Debatte von Rednern der CDU und SPD gescholtene) Gutachten der Linksfraction „Campus Thüringen - Perspektive durch Kooperation“, das die LINKE rechtzeitig in die öffentliche Diskussion gegeben hat. Dabei herrsche Einigkeit, dass alle Hochschulstandorte erhalten und Kooperationsbeziehungen gestärkt werden sollen. Die LINKE habe auch eine länderübergreifende Zusammenarbeit im Blick. „Sie aber bleiben im Rahmen des Bestehenden“, hatte Karin Kaschuba an die Adresse des Ministers betont.

Wenig habe dieser auch gesagt zum Stand und den Perspektiven der angekündigten Konzentration von Hochschulverwaltungen, des Ausbaus der Schwerpunkte, der gemeinsamen Rechenzentren sowie der Umstrukturie-

Campus Thüringen - Perspektive durch Kooperation

Die Linksfraction hatte im April das von ihr in Auftrag gegebene Gutachten zu den Potentialen der Hochschulentwicklung in Thüringen der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Studie mit dem Titel „Campus Thüringen - Perspektive durch Kooperation“ war bei einem Pressegespräch gemeinsam mit den Autoren, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff und Christian Schaft, erläutert worden. Zudem hatte die Fraktion eine ausführliche Diskussion dazu im Rahmen ihrer Fraktionssitzung per Live-

stream übertragen. Auch die gegenwärtig stattfindende Campustour 2014 stellt den Austausch über die Vorschläge des Gutachtens, deren Lang- und Kurzfassung auf den Internetseiten der Fraktion veröffentlicht ist, in den Mittelpunkt. Ziel ist der Erhalt und die Entwicklung von Lehre und Forschung in Thüringen vor allem auch über Kooperationsperspektiven.

Links zur Lang- und Kurzfassung des Gutachtens unter: <http://www.die-linke-thl.de/politik/aktuell/seite/5/>

Campustour 2014 der Linksfraction - Gemeinsam Hochschulpolitik gestalten

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag veranstaltet seit dem 10. Juni und noch bis zum 7. Juli eine Campustour durch die Hochschulstandorte Thüringens. „Nach den Turbulenzen in der Hochschulpolitik in den letzten Monaten und damit auch dem Protest gegen Kürzungen an den Hochschulen wollen wir Alternativen zur gegenwärtigen Hochschulpolitik vorstellen und diese gemeinsam mit Studierenden und Hochschulangehörigen weiter entwickeln“, erläuterte Susanne Hennig-Wellsow, Sprecherin für Bildungspolitik der Fraktion DIE LINKE und Parteivorsitzende in Thüringen, das Anliegen der Campustour.

Im Mittelpunkt steht dabei auch das von der Linksfraction in Auftrag gegebene Gutachten „Campus Thüringen - Perspektiven durch Kooperation“. Die darin enthaltenen Ansätze und Gedan-

ken sind bei Gesprächsrunden an den Hochschulen ein spannendes Thema. „Es ist wichtig, jetzt eine breite Debatte zu Hochschulentwicklung zu führen, die auch eine Grundlage für zukünftige gute Hochschulkonzepte ist“, betonte Susanne Hennig-Wellsow.

Nach den bereits stattgefundenen Campustour-Stationen an der Fachhochschule Nordhausen, der Technischen Universität Ilmenau, in Jena an der Fachhochschule und der Friedrich-Schiller-Universität (hier auch mit Bungee-Run, s.Foto) sowie an der Bauhaus-Universität Weimar und an der Erfurter Universität sind weitere Veranstaltungen im Rahmen der Tour am 1. Juli an der Fachhochschule Schmalkalden, am 2. Juli an der Fachhochschule Erfurt und am 7. Juli zur Zukunft der Berufsakademien in Thüringen in Eisenach geplant.



Mogelpackung Gentechnikrichtlinie

Die EU-Umweltminister haben am 12. Juni über die neue Gentechnikrichtlinie entschieden. Nach jahrelangem Tauziehen haben sich die Umweltminister auf ein „Zwei-Stufen-Modell“ für Ausnahmen bei der Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen geeinigt. „Was sich erst einmal positiv anhört, nämlich, dass die Mitgliedsstaaten nationale Anbauverbote erlassen können, wird sich langfristig als Mogelpackung herausstellen“, warnte die Landwirtschaftsexpertin der Linksfraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright.

Nach dem neuen Modell sollen Agrarkonzerne im ersten Schritt einen Antrag auf Zulassung ihres gentechnisch veränderten Saatguts in ganz Europa stellen. Die Kommission verhandelt dann mit dem Konzern über Ausnahmen für einzelne Länder, die dies nicht wollen. Stimmt der Konzern dem nicht zu, so kann in einem zweiten Schritt der betroffene Mitgliedsstaat eine Ausnahme beantragen. So sollen einzelne Länder die Möglichkeit haben, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihrem Staatsgebiet verbieten zu lassen. Dabei dürfen na-

tionale Eigenheiten, etwa der Artenschutz oder eine kleinräumige Landwirtschaft, als Begründung dargelegt werden. „Diese Regelung hat zwei Schwachstellen: Erstens gibt es einen Vorteil für die Konzerne, die erst einmal eine Zulassung für ganz Europa bekommen und dann erst über Ausnahmen verhandeln müssen. Und zweitens haben solche Mitgliedsstaaten wie Deutschland, die sich nicht generell auf eine kleinräumige Landwirtschaft stützen, von vornherein eine schwache Verhandlungsposition“, sagte Johanna Scheringer-Wright hinsichtlich der Betriebsstrukturen in Ostdeutschland.

Türöffnung für TTIP

Die Länderinteressen würden wahrscheinlich sowieso untergehen, so die Abgeordnete mit Blick auf Thüringen, das dem europäischen Netzwerk gentechnikfreier Zonen angehört. Es könne zudem zu einem Flickenteppich aus Ländern mit und ohne Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen kommen: „Was das für die Warenströme bedeuten würde, ist auch klar! Überall werden dann gentechnisch veränderte Pflanzen vertrieben und verarbeitet.“ Schon jetzt sei es so, dass z.B.

bei Hühnerfutter kaum mehr solches ohne gentechnisch verändertes Soja in Thüringen angeboten werde. Diese Situation würde dann auch die Futtermittelkomponenten, wie Mais, Getreide und Raps, betreffen und damit wären die Anteile an gentechnisch veränderten Zutaten sehr viel höher. „Diese Entwicklung macht dann natürlich auch vor Lebensmitteln nicht halt“, befürchtete die LINKE-Politikerin.

Mit der Entscheidung der EU-Umweltminister, also auch dem deutschen, wird die Tür für die Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft (TTIP) weiter aufgemacht. „Die Entscheidung für die Gentechnikrichtlinie begünstigt die Konzerne und damit die Senkung europäischer Umweltstandards im Sinne des TTIP und straft die Regierungspolitiker Lügen, die im Bund und in den Ländern dafür werben, dass TTIP ohne Senkung der Standards im Lebensmittel- und Umweltbereich kommen könne. Jetzt geht dieser Beschluss in das Europäische Parlament. Ob es da noch Möglichkeiten gibt, die Richtlinie zu verändern, steht zu bezweifeln, trotzdem fordere ich alle EU-Abgeordneten auf, sich gegen diese Richtlinie zu stemmen“, so Johanna Scheringer-Wright. ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Die CDU wird nervös

Das Skandalkarussell in der Thüringer Staatskanzlei dreht seine Runden, die Begleitmelodie ist schrill und betrifft immer wieder CDU-Minister Jürgen Gnauck: Abmahnung und Hausdurchsuchung beim früheren Unternehmen sind die neuesten Töne. Die Negativschlagzeilen, die Gnauck am laufenden Band produziert, machen seine Partei nervös. Jetzt hat der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Thomas Fügmann, Landrat des Saale-Orla-Kreises, Gnaucks Rücktritt gefordert. Die Nachricht machte schnell die Runde; ebenso der süffisante Hinweis, sie sei während der Sitzung eines nur achtköpfigen Gremiums geäußert worden und trotzdem an die Medien gelangt. Auch aus den Reihen der CDU-Landtagsabgeordneten gibt es – mehr oder weniger deutliche – Unterstützung für die Forderung.

Adressat ist Gnaucks Chefin, die Ministerpräsidentin und CDU-Landesvorsitzende Christine Lieberknecht. Gnauck ließ trotzig wissen, er habe „keinen Zweifel daran“, deren „volle Rückendeckung“ zu besitzen. Lieberknecht sah sich genötigt, ihm ihr „vollstes Vertrauen“ auszusprechen. Bei Angela Merkel wäre das eine Art politisches Todesurteil, hier muss man sehen.

Gnaucks politische Überheblichkeit ist die Fratze einer „Der Staat sind wir“-CDU. Einer „Uns kann keiner“-Truppe mit Selbstbedienungsmentalität, einer „Rechthabepartei“, wie Rene Heilig im Neuen Deutschland treffend formulierte.

Deren übelste Auswüchse schießen überwunden, als Lieberknecht den unsäglichen Dieter Althaus in die Wüste schickte. Als die Staatskanzlei zunehmend Chaos produzierte, hat sie Gnauck geholt. Wollte sie den Teufel mit dem Beelzebub austreiben? Der aktuelle Streit um Gnauck ist auch Ausdruck CDU-interner Kämpfe. Nicht selten gegen Lieberknecht. Und mit zunehmend unübersichtlicheren Fronten. ■

Thüringer Landtag der offenen Tür mit allerlei roten Akzenten



Von Politikverdrossenheit keine Spur bei den zahlreichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die am 21. Juni, dem Tag der Offenen Tür, die diversen Informations- und Unterhaltungsangebote in und um den Thüringer Landtag genutzt haben und wiederum zu Tausenden gekommen waren.

Die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Linksfraktion haben sich gefreut über die vielen aufgeschlossenen Gespräche zu aktuellen politischen Themen am Infostand - vielfach verbunden mit einem Toi-toi-toi für die Landtagswahlen am 14. September. Großes Interesse gab es den ganzen Tag über an den Podiumsdiskussionen mit Vertretern aus allen fünf Fraktionen auf der Bühne im Beethovenpark. Die Gäste im Café der LINKEN, zu dem der Fraktionssitzungsraum, der Käte-Duncker-Saal, umfunktioniert worden war, kamen meist ganz in Familie und nutzten gern die Gelegenheit, Vertreter der Fraktion in lockerer Runde kennenzulernen. Zu weiteren Veranstaltungen (u.a. mit dem Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V.) war auf der Fraktionsetage eingeladen worden. Neben dem direkten Kontakt kamen das LINKE Infomaterial, aber auch Popcorn, rote Brause und schmackhafter Kuchen bei den Besuchern gut an. Vor allem die Jüngsten wurden dabei magisch angezogen von den pffiffigen Angeboten des Kindervereins „Otto-kar“. Dabei war der Andrang beim Kinderschminken mindestens ebenso groß wie bei der Schnellzeichnerin Fredicelli. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.